

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.03.2022, Nr. 66, S. 7

## Den Kontakt nach Russland halten?

Ob Wissenschaft, Kirche oder Kriegsgräber: Der deutsch-russische Austausch kommt zum Stillstand / Von Thomas Jansen und Niklas Zimmermann

Nicht alle, die hierzulande die deutsch-russischen Beziehungen gepflegt haben, bekamen Geld von Gazprom oder anderen russischen Konzernen dafür. Es gibt auch Leute wie Klaus Eberl. Der frühere Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche im Rheinland verbirgt seine Russophilie nicht. "Ich liebe dieses Land", sagt Eberl. Gerade deshalb ist der Theologe entsetzt darüber, dass Präsident Wladimir Putin gegen die Ukraine Krieg führt und im eigenen Land jeden Widerspruch gegen seine Politik unterdrückt. Zum Entsetzen kommt bei Eberl die Ungewissheit hinzu. Hat das deutsch-russische "Leuchtturmprojekt" noch eine Zukunft, das seine Kirche maßgeblich vorangetrieben hat? Die Evangelische Kirche im Rheinland hat seit 1991 ein Heilpädagogisches Zentrum in Pskow, etwa 300 Kilometer südwestlich von Sankt Petersburg entfernt, mit aufgebaut. Die zwei Jahre später errichtete Förderschule sei "die erste dieser Art in Russland gewesen", sagt Eberl. Allen, die sich in Russland mit der Inklusion von Behinderten beschäftigten, sei die Einrichtung in Pskow ein Begriff.

"Das Projekt ist so gut gelaufen, wie man es sich nur wünschen kann", sagt Eberl. Man habe von staatlicher Seite jede Unterstützung erhalten. "Die ganze Stadt ist stolz auf das Projekt." Bisher reiste Eberl mehrmals im Jahr nach Pskow; er ist Ehrenbürger der Stadt mit ihren etwa 200 000 Einwohnern. Am Anfang stand der Willen zur deutsch-russischen Versöhnung. Fünfzig Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion reiste Eberl im Sommer 1991 mit einer Gruppe von Christen aus dem Rheinland nach Pskow. Dabei wohnte er bei einem russisch-orthodoxen Priester mit einer geistig behinderten Tochter. Die Eltern wollten unter keinen Umständen, dass sie ins Internat kommt. Damit war die Idee des Heilpädagogischen Zentrums geboren. "Bei der Versöhnung muss etwas für die Menschen herauskommen", sagt Eberl. Nur die geistig-moralische Aufarbeitung des Vergangenen reiche nicht aus.

## Zeitenende statt Zeitenwende

Eberl hat auch nach dem russischen Überfall auf die Ukraine weiter Kontakt mit den Kooperationspartnern in Pskow gehalten. "Die Mitarbeitenden haben Angst, was wird", sagt der Theologe. Er telefoniere nahezu jeden Tag mit ihnen. Man spreche dabei über alles, "nur nicht über den Krieg". Das Meinungsbild dürfte auch unter den etwa 500 Angestellten des Zentrums nicht einheitlich sein, vermutet Eberl.

Fest steht jedoch eines: Der Ukrainekrieg stellt die Zusammenarbeit vor praktische Herausforderungen. Mit der Kollekte der Evangelischen Kirche im Rheinland soll zwar weiter Geld für das Zentrum in Pskow gesammelt werden. Aber ob die Sanktionen Überweisungen nach Russland noch erlauben, müsse noch geklärt werden. Man wolle das Projekt weiterführen, sagt Eberl. Er befürchtet allerdings, dass nun im deutsch-russischen Verhältnis eine "Zeit des Schweigens" anbreche. "Die zivilgesellschaftlichen Kontakte sind enorm wichtig, wenn die Politik sprachlos ist." Gleichwohl würde das mittlerweile zu 95 Prozent vom russischen Staat finanzierte Heilpädagogische Zentrum auch ohne deutsche Beteiligung weiterexistieren.

Anders liegt der Fall bei Kooperationen in der Wissenschaft. "Wir sind mehr als besorgt", sagt Kai Sicks, der Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Er berichtet, dass wegen der Pandemie der Austausch in den vergangenen zwei Jahren ohnehin eingeschränkt gewesen sei. Von den etwa 30 DAAD-Lektoren an russischen Hochschulen sei die Mehrzahl schon nach Deutschland zurückgekehrt. Alle anderen habe man "dringend gebeten, über eine Rückreise nachzudenken".

Während Wissenschaftler aus Deutschland nach Hause zurückkehren können, ist die Lage für russische Kooperationspartner ungleich schwieriger. "Es gibt Kollegen, die dabei sind, zu emigrieren, oder darüber nachdenken", sagt Martin Aust, Professor für Osteuropäische Geschichte in Bonn und Vorsitzender des Verbands der Osteuropahistoriker. Als "ausgesprochen niedergeschlagen" beschreibt der Spezialist für die Geschichte des russischen Imperiums seine Gefühlslage. Er lässt durchscheinen, dass die Osteuropahistoriker der Geschichte der Ukraine wohl zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Zum deutsch-russischen Austausch unter Fachkollegen sagt er desillusioniert: "Ich würde nicht von einer Zeitenwende, sondern eher von einem Zeiteinde sprechen."

Zuvor habe eine Aufbruchstimmung geherrscht, die sich seit den Neunzigerjahren in bilateraler Zusammenarbeit, der Öffnung von Archiven und zahlreichen Russlandreisen deutscher Historiker geäußert habe.

"Wir werden auch weiterhin eine Historiographie brauchen, die sich mit Russland beschäftigt", sagt der Osteuropahistoriker. Die Frage sei aber, ob es weiterhin eine Forschung "mit" russischer Beteiligung oder wie zu Zeiten des Kalten Krieges eine Forschung "über" Russland geben werde. An Archivreisen sei gegenwärtig nicht zu denken. Das werde gravierende Auswirkungen auf laufende Forschungsprojekte haben. Denn in den vergangenen Jahren habe es sich eingebürgert, dass die Qualität einer wissenschaftlichen Arbeit im Fach Geschichte zu einem großen Teil an der Archivrecherche gemessen wird.

"Wir wollen die Kontakte erhalten"

Ob Kirche, Akademischer Austauschdienst oder Osteuropahistoriker: Alle berichten übereinstimmend, dass der deutsch-russische Austausch in ihren Sektoren ungeachtet der zunehmend diktatorischen Züge der Herrschaft Putins bis zuletzt weitgehend unberührt von staatlichen Schikanen vonstattengegangen sei. Die Geschichtspolitik Putins sei bisher nicht bis in die Fachwissenschaft vorgedrungen, berichtet Aust. Zwar seien russische Wissenschaftseinrichtungen im Jahr 2019 angehalten worden, ihre Kontakte ins Ausland zu dokumentieren. Doch sei diese Anordnung in der Praxis bisher nicht angewandt worden. Mit dem Überfall auf die Ukraine kam der deutsch-russische Austausch dann auf einen Schlag zum Stillstand.

Allerdings leuchte ihm nicht ein, warum deutsche Einrichtungen nach Kriegsbeginn auch den Kontakt zu einzelnen Wissenschaftlern in Russland eingestellt hätten; zumal sich von ihnen manche gegen den Krieg ausgesprochen hätten. Deshalb findet es Aust richtig, dass der DAAD seine kurz nach Kriegsbeginn getroffene Entscheidung korrigiert hat und Stipendien für russische Wissenschaftler, die sich in Deutschland aufhalten, nun doch weiterführt.

Auch der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge will die Brücken nach Russland nicht abbrechen. Er unterhält in Moskau ein eigenes Büro mit mehreren russischen Mitarbeitern und einem aus Deutschland entsandten Leiter. "Wir haben nicht die russische Bevölkerung als Gegner. Wir wollen die Kontakte zur Bevölkerung und zu unseren Partnern - nach Möglichkeit - aufrechterhalten", sagt Arne Schrader, der die Abteilung Gräberdienst leitet. Neben der Pflege der Millionen Gräber deutscher

Soldaten und Kriegsgefangener setzt sich der Volksbund seit vier Jahrzehnten auch für die deutsch-russische Aussöhnung ein. "Peace Line" heißt eines seiner Projekte, das sich an Jugendliche aus Deutschland und anderen europäischen Staaten richtet.

Der Name steht für eine Reise zu europäischen Schreckensorten des Zweiten Weltkriegs. Im Juli dieses Jahres hätte die Reise nach Sankt Petersburg führen sollen. Gemeinsam hätten junge Erwachsene aus Russland und Deutschland eine Gedenkveranstaltung zur deutschen Blockade Leningrads vor achtzig Jahren besuchen sollen. Nach dem Überfall auf die Ukraine sagte der Volksbund die Veranstaltung ab. Seine Bildungsarbeit in Russland hat er vorerst eingestellt. Auch Aufträge zur Instandhaltung der Kriegsgräberstätten würden zunächst nicht weiterverfolgt, berichtet Schrader.

Wie der Volksbund nach den Sanktionen seine Mitarbeiter und russische Firmen, die in seinem Auftrag Gräber pflegen, überhaupt weiter bezahlen kann, prüft die Organisation derzeit. Mit den Jahren hat sich bisweilen mehr als nur eine rein geschäftliche Beziehung zu Gärtnereien und anderen Betrieben in Russland aufgebaut. "Wir haben den Eindruck, dass einige russische Firmen die Gräber auch notfalls erst mal ohne Bezahlung weiter pflegen würden", sagt Schrader. Aber ein Dauerzustand kann das nicht sein, das ist klar.

Das Schlimmste, sagt der Historiker, sei für ihn neben all der Not und dem Sterben, "dass die Menschen, die unsere Großväter dort bergen, jetzt selbst in den Krieg ziehen müssen". Die ukrainischen Mitarbeiter seien größtenteils schon mithilfe des Volksbundes in Sicherheit gebracht worden, berichtet er. Aber auch das Schicksal der russischen Mitarbeiter ließ Schrader nicht los. Er recherchierte, ob einer von ihnen zur Armee eingezogen wurde und in der Ukraine kämpft. In der vergangenen Woche gab es dann aus Russland wenigstens eine gute Nachricht: Keiner von seinen Leuten ist bisher in der Ukraine eingesetzt.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main  
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)